Nr. 214 XXVIII. Jahrgang

Sonntag, 29. August 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile 81 mm breit M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffer- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die Entschuldigungsaktion

Vorauszusehen war, daß Frankreich die bedauerlichen Vorfälle in Breslau weidlich dazu ausnutzen würde, um seiner tiefsittlichen Entrüstung vernehmlichen Ausdruck zu verleihen; hatte man doch wieder ein gutes Mittel in der Hand, das deutsche Barbarentum, das anscheinlich keiner Besserung fähig, gebührend zu brandmarken. Jetzt hat man angesichts der Sachlage bei den Feinden Deutschlands die beste Aussicht, guten Glauben zu finden. Mit dieser stillen Nebenabsicht sprach der französische Botschafter in Berlin in bestimmtem Tone, wie man hört:

B. Berlin, 28. August. (Eig. Drahtbericht.) **Der französische Botschafter in Berlin erhielt heute nacht den telegraphischen Auftrag seiner Regierung, gegen die völkerrechtswidrige Zerstörung des französischen Konsulats in Breslau schärfsten Protest im Auswärtigen Amt zu erheben, mit der Ankündigung von Regreßansprüchen Frankreichs an das Deutsche Reich.** Der französische Botschafter wird heute mittag im Auswärtigen Amt vorsprechen, um den Auftrag seiner Regierung auszuführen.

In welcher Weise Frankreich die Vorfälle zu neuer Hetze gegen Deutschland auszuschlachten sucht, verrät sehr deutlich nachstehende Meldung:

* Breslau, 26. August. **Als sich Oberpräsident Zimmer beim französischen Konsul über die Vorfälle vom Donnerstag entschuldigte, erklärte dieser, die verwüsteten Räume des Konsulats würden photographiert und die Bilder nach Paris geschickt werden. Es könne dann leicht deutschen Vertretern in Frankreich ähnlich ergehen. Im übrigen war auch der Konsul der Meinung, daß die Urheber der Ausschreitungen in reaktionären und Pöbelkreisen zu suchen seien.**

Diese französische Drohung mit der Aufstachelung des französischen Pöbels gegen deutsches Eigentum ist mehr als geschmacklos und zeugt nur davon, wie Frankreich lüstern auf der Laura sitzt, allem, was deutsch ist, Schaden zuzufügen. So benützt es die günstige Gelegenheit sogleich, um der deutschen Sache im Abstimmungsgebiet neue Schwierigkeiten zu schaffen:

+ Berlin, 28. August. (Eig. Drahtbericht.) **Nachdem der deutsche Gesandte v. Rosenberg dem französischen Botschafter Laroche das Bedauern der Reichsregierung über die Breslauer Ausschreitungen und eine Entschuldigung ausgesprochen hat, erwiderte der Botschafter, daß infolge der Breslauer Vorkommnisse das französische Konsulat in Breslau zunächst geschlossen bleibe. Die Schließung werde solange aufrechterhalten bleiben, bis von deutscher Seite Genugtuung gegeben sei. Schlesier, die nach Oberschlesien wollen, können nunmehr in Breslau kein Visum mehr erhalten.**

Trotzdem wird den Franzosen erfreulicherweise immer wieder zum Bewußtsein gebracht, daß sie nicht ungestraft die Deutschen als Spielball benutzen dürfen. Es finden sich auch in den bedrohten Gebieten, wo ein offenes Wort doppelt gefährlich ist, noch aufrechte, mutige deutsche Männer, die den fremden Gewaltherrschern die Grenzen ihres Machteinflusses klar machen, wie man mit Genugtuung aus nachstehender Meldung vernimmt:

+ Oppeln, 28. August. (Eig. Drahtbericht.) **Ein amtlicher Vertreter der Bürgerschaft von Rosdzin hatte eine Unterredung mit General Leroud und wies darauf hin, daß die Franzosen, statt der Sicherheitspolizei und der deutschen Bevölkerung Hilfe zu leisten, sich sogar als Führer der Polen erwiesen. In dem Kampf um das Schlaßhaus der Sicherheitspolizei haben erwiesenermaßen von drei Seiten Franzosen mit der Waffe teilgenommen. General Gracier sagte schärfste Kontrolle und Bestrafung der Schuldigen zu. Der deutsche Vertreter wies darauf hin, daß es den deutschen Führern unmöglich sein würde, die Massen zu beruhigen, wenn nicht eine entschiedene Aenderung in der Haltung der Franzosen stattfinden würde. Etwaige Folgen müßten die Franzosen selber tragen.**

Diese deutsche Warnung wird bei der ganzen Verblendung der Franzosen kaum auf Beachtung rechnen dürfen. Das einzige Ergebnis der traurigen Haltung des Deutschtums in der Grenzmark wird vielleicht eine frühere Festsetzung des Abstimmungstermins sein, wofür die interalliierte Kommission aus Paris, wie heute gemeldet wird, zu näheren Vorschlägen aufgefordert worden ist. Mit der Festsetzung des Termins würde schon viel gewonnen sein.

•

Verhaftungen in Breslau

b. Breslau, 28. August. (Eig. Drahtbericht.) Infolge der Ausschreitungen gegen das französische Konsulat sind in Breslau dreizehn Verhaftungen vorgenommen worden. — In einer Eingabe an die Polizeibehörden beziffert das französische Konsulat den durch die Demolierungen angerichteten Schaden auf mehrere hunderttausend Franken und behält sich die Forderung nach Buße vor.

•

Deutsche Erbitterung in Westpreußen

In dem infolge der Abstimmung wieder zu Deutschland gelangten Teile Westpreußens hat sich in den jüngsten Tagen die monatelange Erregung der Deutschen in bedauerlichen Vorfällen Bahn gemacht. Wenn es auch nicht zu Ausschreitungen gegen Leib und Leben gekommen ist, so hat doch die polnische Bevölkerung mehrfach zu leiden gehabt. In Graudenz wurde der Pfarrer aus der Kirche gehalt und gezwungen, eine polnische Fahne zu verbrennen. In Bischofswerder ließ sich die erregte Menge zur Verletzung der Grenze hinreißen. An andern Stellen wurden polnische Einwohner zum Verlassen der Häuser gezwungen und mit Hertreibung bedroht. Die Reichsregierung hat bereits ihre ernste Mißbilligung derartiger Vorfälle zu erkennen gegeben. Sie wird mit aller Energie zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit in den Gebieten mit deutschfeindlicher Bevölkerung sorgen. Nur dann, wenn der in Deutschland lebende Pole durchaus unbehelligt bleibt, vermag die Reichsregierung mit Nachdruck für die in Polen lebenden Deutschen einzutreten.

Entspannung in Oberschlesien?

Die heutigen Meldungen wollen durchweg wissen, daß in Oberschlesien die Flammen des Aufruhrs im Niedergehen begriffen sind. Wir verzeichnen davon nur nachstehendes:

+ Oppeln, 28. August. (Eig. Drahtbericht.) **Von maßgebender Stelle wird mitgeteilt: Im allgemeinen ist die Lage heute wesentlich entspannter. Die Arbeit wird von den Polen in größerem Umfange wiederaufgenommen. Eine Folge hiervon ist, daß die bewaffneten polnischen Insurgenten allmählich von der Straße verschwinden. Besonders ist aus dem Kreise Tarnowitz eine wesentliche Besserung der Lage zu melden. Im Kreise Oppeln dagegen zeigen sich seit gestern ebenfalls Banden, die aber mehr Abenteurer als organisierte Polen sind. Es handelt sich um Elemente, die die augenblicklich unruhige Lage für ihre dunklen Zwecke sich zunutze machen.**

Sollte diese optimistische Anschauung von der heutigen Lage im Abstimmungsgebiet zutreffend sein, so wußte die Erklärung für diese Wandlung in den

deutschen Verhandlungen mit Korfanty

gesucht werden, die vom Hauptausschuß der deutschen Parteien und Gewerkschaften geführt wurden. Wie Wolffs Bureau meldet, ist die Note beiderseits angenommen worden. Die Einigungsformel wird der interalliierten Regierungskommission und der Plebiszitkommission in Oppeln zur Entscheidung unterbreitet werden. Die Ueberwachung der Innehaltung der Vereinbarungen soll durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission aus 20 Mitgliedern unter Vorsitz eines Mitgliedes der interalliierten Kommission erfolgen.

Ueber diese deutsch-polnischen Verhandlungen wird von deutscher Seite ausführlich noch das Folgende berichtet: Seitens des Hauptausschusses der vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften und des Plebiszitkommissariats für Deutschland ist in der Nacht Korfanty folgende Verständigungsnote überreicht worden: Als Ergebnis der zwischen Ihnen und Herrn Rechtsanwalt Wolny einerseits und den Herren Pfarrer Ulitzka und Sanitätsrat Dr. Bloch anderseits am 23. August gepflogenen Besprechung sind folgende vier Punkte als Vorschlag von polnischer Seite festgestellt worden: 1. Entfernung der Sicherheitspolizei und Ersatz derselben bis zur möglichst baldigen Aufstellung einer Abstimmungspolizei durch eine bewaffnete Ersatzmannschaft (Hilfspolizei), die sich zur Hälfte aus Polen und zur Hälfte aus Deutschen zusammensetzt. 2. Ausweisung derjenigen, die nach dem 1. August nach Oberschlesien zugezogen sind. Ueber Ausnahmen, die durch berufliche, geschäftliche oder sonstige billige Interessen der Betreffenden gerechtfertigt sind, entscheidet eine paritätische, aus Deutschen und Polen zusammengesetzte Kommission unter dem Vorsitz eines Vertreters der interalliierten Kommission. 3. Die Weigerung, die Waffen niederzulegen oder abzugeben, soll mit hohen schärfsten Strafen, mindestens mit einjähriger Zuchthaus-Strafe, und mit Verlust des Abstimmungsrechtes, geahndet werden. 4. Von den politischen Parteien und Gewerkschaften auf polnischer und deutscher Seite soll ein gemeinsamer Aufruf an die Bevölkerung zur Rückkehr und zum Frieden erlassen werden. Diese vier Punkte finden unsre Zustimmung. Zu Punkt 2 wollen wir nicht entscheiden, inwieweit er zu § 3 Absatz 6 des Artikels 88 des Friedensvertrages im Gegensatz steht. Es liegt im Interesse Ihrer Vorschläge, wenn wir im Interesse des Friedens in Oberschlesien und der Sicherstellung dauernder ungestörter Fortführung des Wirtschaftslebens noch folgende Punkte hinzufügen: 5. Jeglicher Terror gegen Andersdenkende hat zu unterbleiben, insbesondere ist jede Einwirkung durch Gewalttätigkeit oder Drohungen in Arbeitsbetrieben oder im Privatleben, jeder Zwang wegen Zugehörigkeit zu einer politischen oder wirtschaftlichen Organisation untersagt.

Wie Wolffs Bureau weiter meldet, sind die in Punkt 4 vorgesehenen

Aufrufe an die Bevölkerung

von beiden Seiten bereits erlassen worden. In dem polnischen Aufruf heißt es: „Die Lage ist derart, daß durch weitere Streiks und Unruhen unsre gerechte Sache Not leiden würde. Wir rufen euch deshalb zur Aufnahme der Arbeit auf, zumal die Gründe zum Streik nicht mehr vorhanden sind. Gleichzeitig rufen wir auch zur Abgabe der Waffen auf. Ferner müssen alle Angriffe auf die deutsche Bevölkerung unterlassen werden, damit wieder Ruhe und Ordnung in Oberschlesien eintritt." — Die Bemühungen der Parteien werden weiter durch die interalliierte Kommission dadurch unterstützt, daß sie die Aufforderung zum Streik und die Teilnahme daran verbietet.

Das französisch-belgische Bündnis

Paris, 28. August. (Eig. Drahtbericht.) **Die endgültige Unterzeichnung der französisch-belgischen Militärkonvention steht unmittelbar bevor. Marschall Foch für Frankreich und General Maglinse für Belgien haben bereits den gemeinschaftlichen Text festgestellt. Millerand hat dem belgischen Ministerpräsident Delacroix bereits die volle Zustimmung der französischen Regierung mitgeteilt, und die Bestimmungen des von beiden Generalstäben entworfenen Vertrages bekanntgegeben. Ebenso hat auch der belgische Ministerrat dem endgültigen Entwurf zugestimmt. Es bleibt demnach nur noch übrig, an den Fuß des Protokolls die definitiven Unterschriften zu setzen. Die Konvention enthält keine politischen Klauseln. Es ist ein reiner Militärvertrag, der einen defensiven Charakter trägt. Die beiden Länder leisten für den Fall eines Angriffs vom Osten her einander Beistand und organisieren eine einzige Front.**

Erneuter Durchbruch der russischen Front

Basel, 28. August. (Eig. Drahtbericht.) **Die „Nationalzeitung" meldet am Freitag den erneuten Durchbruch der russischen Front durch die Polen bei Gosha am Niemen. Die Polen stehen im Rücken der 4. russischen Armee.**

•

Erfolge Wrangels

Paris, 28. August. (Eig. Drahtbericht.) Nach hier eingetroffenen Meldungen aus Konstantinopel hat General Wrangel nach vierstündigen heftigen Kämpfen einen großen Sieg im Norden der Provinz Taurien erfochten. Er soll zahlreiche Gefangene und reiche Beute gemacht haben.

× Konstantinopel, 27. August. General Wrangel meldet die Einnahme von Noworossisk und Jekaterinodar.

•

Beratungen in Paris

Paris, 28. August. (Eig. Drahtbericht.) General Weygand, der sich über Prag nach Paris begibt, wird Sonntag hier erwartet, ebenso Jusserand und Lord d'Aberon die Vertreter Frankreichs und Englands in Warschau.

•

Die Frontberichte

Der polnische Generalstabsbericht vom 26. d. M. meldet von der Nordfront die Gefangennahme von 200 Bolschewisten. An der Zentrumsfront wurden 1100 Gefangene gemacht, darunter der ganze Stab der 57. Sowjetdivision. Krajewo wurde besetzt. Westlich von Lemberg sind hartnäckige Kämpfe im Gange.

Ueber die Lage wird aus Königsberg vom 27. berichtet: Der polnische Nordflügel ist nicht weiter über die Linie Krajewo—Ossowiec vorgerückt. Die Umgruppierung der zwischen dem Bug und der deutschen Grenze stehenden polnischen Verbände ist im Gange. Ein Grenzübertritt ist nicht mehr erfolgt. Bei Bialystok fanden heftige Kämpfe statt. Oestlich von Lemberg wird auf dem Westufer des Bug gekämpft.

In dem russischen Heeresbericht vom 26. d. M. heißt es: Im Abschnitt Brest-Litowsk kämpfen unsre Truppen hartnäckig um den Besitz der Festungsfront. Im Abschnitt Lemberg finden hartnäckige Kämpfe mit wechselndem Erfolge statt. Im Abschnitt Cherson drängten unsre Truppen den Gegner zurück und machten Gefangene. Im Abschnitt Orschow hartnäckige Kämpfe mit beträchtlichen feindlichen Kavallerietruppenkräften.

•

Streikbrecher der Entente

B. Berlin, 28. August. (Eig. Drahtbericht.) **Nach einer Meldung aus Danzig sind im Danziger Hafen gestern 1950 englische und französische Arbeiter auf zwei Transportschiffen eingetroffen. Zur Zeit warten im Danziger Hafen acht Munitionsschiffe der Entente auf ihre Entladung für Polen.**

•

Eisenbahner weigern sich

Dem „Berl. Lokalanz." wird aus Warschau gemeldet, daß das Eisenbahnpersonal von Danzig sich weigerte, 2300 Polen, die aus Amerika gekommen sind, weiterzubefördern.

•

Der Grenzübertritt der Russen und Polen

Die Frage der Unterbringung der über die deutsche Grenze gedrängten Truppen, die eine große Gefahr für unsre innere Ruhe bilden, beschäftigt ebenso sehr die deutsche Regierung wie auch die Oeffentlichkeit. Ueber die Schritte, die bis jetzt in dieser Angelegenheit getan worden sind, unterrichtet folgendes: Vom Oberpräsidium in Königsberg wird mitgeteilt, daß der Abtransport der internierten Bolschewisten nach dem Innern des Reiches rasch vorwärts gehen werde. Anfang der nächsten Woche würden täglich 2000 Mann nach Pillau abbefördert werden, deren Zahl bis Ende der nächsten Woche voraussichtlich auf 4000 und in der übernächsten Woche sogar auf 6000 Mann täglich gesteigert werden könne. — Und weiter wird gemeldet: Zur Uebernahme und zum Abtransport der nach Ostpreußen übergetretenen Teile der russischen Armee werden am 28. d. M. zwei Bataillone Reichswehr mit Schiff nach Pillau befördert. Ein weiteres soll mit der Bahn durch den Korridor dem ostpreußischen Wehrkreiskommando zugeführt werden, wozu das Einverständnis der polnischen Regierung nachgesucht worden ist. Es handelt sich um je ein Bataillon der Wehrkreise 2, 3 und 4.

Inzwischen trafen bereits die ersten Transporte entwaffneter Soldaten aus Ostpreußen in Swinemünde ein. Am Freitag bereits, so meldet das Wolff-Bureau, kam der erste Transport der in Ostpreußen über die Grenze getretenen Truppen im Hafen von Swinemünde an. Der Dampfer „Amor" brachte zunächst 885 Polen, die nach Minden in Westfalen gebracht werden.

Wie hoch die Zahl der Uebergetretenen werden wird, läßt sich noch nicht genau übersehen. Bis Freitag sollen bereits 71 000 Russen die ostpreußischen Grenzübergänge als Kriegsgefangene passiert haben. Im ganzen, mit den Polen und allen an andern Stellen übergetretenen Soldaten zusammengerechnet, wird die Zahl der in Deutschland Internierten wohl bald 100 000 überschreiten.

•

Eine russische Note zur Internierungsfrage

B. Berlin, 28. August. (Eig. Drahtbericht.) In der Frage der Internierung der Russen richtete die Sowjetregierung durch ihren Berliner Vertreter Victor Kopp eine Note an die deutsche Regierung. Die Note lehnt u. a. eine Einmischung der Entente in der Frage der Internierung oder Rückiendung der Gefangenen ab und stellt über die Verpflegung der Gefangenen Vorschläge der Sowjetregierung in Aussicht.

Von der „Kleinen Entente"

Von unserm ständigen Mitarbeiter

Wien, 26. August

Von der Staatenvereinigung, der man die Bezeichnung „Kleine Entente" beigelegt hat, war in der letzten Zeit vielfach die Rede, und auch in Zukunft wird man sich mit ihr bei manchen bevorstehenden Anlässen zu beschäftigen haben. Darum werden die folgenden Angaben über das Werden dieser Vereinigung und die derzeitige Phase ihrer Auswirkung, die ich einer wohlunterrichteten politischen Persönlichkeit verdanke, den Lesern gewiß willkommen sein.

Schon vor Jahresfrist hat die politische Lage die Nachfolgestaaten Tschecho-Slowakei und Südslawien zu einem Gedankenaustausch über eine gemeinsame Linie für ihre Politik gegen Ungarn veranlaßt. Die damaligen Besprechungen hatten jedoch nicht das gewünschte Ergebnis. Wohl wurden Erklärungen ausgetauscht über gegenseitige Unterstützung, zu einem formellen Abschluß mit stringenten Bindungen führten jedoch diese Besprechungen nicht. Die drängende Notwendigkeit hierzu war damals auch nicht gegeben, weil damals die Beziehungen der beiden Staaten zur Entente und insbesondere zu Frankreich die herzlichsten waren.

Inzwischen haben sich jedoch die Verhältnisse geändert. In Ungarn ist ein nationales Regime aufgerichtet worden, das die Wiedergewinnung der historischen Grenzen in sein Programm aufgenommen hat; daneben war die ungarische Diplomatie nicht ohne Erfolg bemüht, trotz dem drückenden Frieden von Neuilly-Trianon, der diese Grenzen verwischte, Beziehungen zur Entente zu suchen, um die Verwirklichung jenes Programmpunktes anzustreben. Diese zwei Momente haben nun in Prag und in Belgrad starke Beunruhigung ausgelöst, insbesondere auch die Nachricht, daß Frankreich konkrete Verhandlungen politischer und wirtschaftlicher Natur mit Ungarn geführt hat, über deren Inhalt der damals gerade in Paris weilende Prager Außenminister Dr. Benesch von dem früheren Generalsekretär des französischen Ministeriums des Aeußeren Berteloi manches erfahren haben dürfte.

Alle diese Umstände haben bei den Interessenten den Entschluß reifen lassen, den in Ungarn mit französischer Unterstützung gesponnenen Plänen in der Schaffung einer auch nach außen hin greifbar in Erscheinung tretenden formellen „kleinen Entente" ein wirksames Paroli zu bieten. Schon von Paris aus hatte der Prager Außenminister Vorbesprechungen mit Belgrad, aber auch mit Bukarest gepflogen, nach deren Beendigung Dr. Benesch nach einem kurzen Aufenthalte in Prag, wo er seine Zustimmung zum Teschener Abkommen rechtfertigte, die Reise nach Belgrad antrat. Dort ist es ihm gelungen, die erwünschten politischen Abmachungen in bindender Form festzustellen und einen effektiven tschechoslowakisch-südslawischen Bündnisvertrag zu schließen, der insbesondere auch militärische Vereinbarungen für den Fall der Geltendmachung gewisser ungarischer Aspirationen enthält.

Schon in Paris hatte Dr. Benesch in Erfahrung gebracht, daß Frankreich nach einer zeitweiligen Unterbrechung der oben erwähnten Besprechungen in Ungarn diese wieder aufgenommen habe, gleichzeitig aber sich in Bukarest bemühe, einen ungarisch-rumänischen Akkord, zunächst vorläufig gegen den drohenden Bolschewismus zu schaffen. Dies der Grund, weshalb Dr. Benesch den Aufenthalt in Belgrad abkürzte und bereits am Abend des 16. August nach Bukarest abreiste. Seine dortigen Verhandlungen haben nun wohl den Anschluß Rumäniens an das in Belgrad vereinbarte Defensivabkommen gegen Ungarn erbracht, allein der rumänische Außenminister Take Jonescu hat sich trotzdem freie Hand vorbehalten, um mit Ungarn unter französischer Vermittlung gewisse Sonderbesprechungen zu führen. Tatsächlich werden auch in den nächsten Tagen Herr Stacca, ein Vertrauensmann des Königs Ferdinand, und eine rumänische Kommission, deren Aufgabe es angeblich ist, über „Grenzregulierungen" zu verhandeln, in Budapest eintreffen. Diese Umstände, im Zusammenhange mit der Tatsache, daß Rumänien seine mit Polen bestehenden Sonderverträge nicht gekündigt hat, sowie daß von Rumänien die von Benesch gewünschte Neutralitätserklärung im russisch-polnischen Konflikt nicht abgegeben wurde, zeigt, daß der Prager Außenminister in Bukarest nur einen beschränkten, einen teilweisen Erfolg insofern erzielte, als er formell den Anschluß Rumäniens an das Belgrader Defensivabkommen durchzusetzen vermochte, ein Abkommen, das übrigens auch im eigensten Interesse Rumäniens gelegen ist.

Die Schwenkung Rumäniens, noch verständlich durch den Wechsel des Kriegsglückes auf dem russisch-polnischen Kriegsschauplatze, hat schon die Wirkung gezeitigt, daß ein gewisses Abbröckeln des gemeinsamen Vorgehens der „Kleinen Entente" in Paris wahrzunehmen ist, da der dortige rumänische Gesandte sich der neuesten Demarche beim Obersten Rat wegen Entwaffnung Ungarns nur mit starken Vorbehalten anzuschließen geneigt zeigt. Das erste außenpolitische Auftreten der Prager Regierung gegen die französische Politik im Osten hat also nicht mit einem vollkommenen Erfolge geendet. Ob diese Tatsache über kurz oder lang auch parlamentarische Folgen für die Stellung Dr. Beneschs haben wird, bleibt abzuwarten.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200829/1